

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Temelin-Ausbau nicht kampfflos hinnehmen - faire Beteiligung bayerischer Bürgerinnen und Bürger ermöglichen (Drs. 16/9167)**

Zu diesem Antrag wurde vonseiten der CSU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt. Ich eröffne die Aussprache. Als Redezeit sind im Ältestenrat fünf Minuten pro Fraktion vereinbart worden. Als erstem Redner darf ich Herrn Kollegen Hartmann, der schon bereitsteht, das Wort erteilen.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Pläne der tschechischen Regierung zum Ausbau der Atomkraft sorgen in Bayern mehr als zu Recht für Ängste und Unmut. Aus dem Rückblick auf die letzten Jahre ist hinreichend bekannt, dass es in Temelin in den Blöcken 1 und 2 zu einer ganzen Serie von Pannen gekommen ist. Jetzt treibt die tschechische Regierung die Ausbaupläne für die Blöcke 3 und 4 voran. In den letzten Wochen - das ist sicherlich bei einigen angekommen - hat die tschechische Regierung ihr Energiekonzept vorgestellt, welches man kurz so zusammenfassen kann: Tschechien soll zum mitteleuropäischen Atomstromzentrum ausgebaut werden.

Mein sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir alle in diesem Hohen Haus sind uns darin einig, dass wir bei der Energiewende in Bayern keinen Atomstrom aus Tschechien brauchen. Zumindest waren wir uns darin gestern in der Energiekommission fraktionsübergreifend einig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Atomstromimport der letzten zehn Jahre aus Tschechien ist Gott sei Dank immer weiter zurückgegangen. Das hat vor allem damit zu tun, dass wir in Bayern, aber auch im gesamten Bundesgebiet die erneuerbaren Energien massiv ausgebaut haben und dass diese weiterhin Vorrang genießen. Der Atomstromimport aus Tschechien ist also rückläufig. Wenn wir ihn für die Zukunft so weit wie möglich ausschließen wollen, müssten wir etwas dafür tun, dass die tschechische Regierung nicht mehr massiv auf Atomstrom setzt.

Unser aktuell vorliegender Antrag betrifft das Genehmigungsverfahren für die Blöcke 3 und 4. Dabei geht es um das Verfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung - UVP. Vor und nach den Sommerferien letzten Jahres wurden die Unterlagen ausgelegt. Sie haben es sicher auch den Medien entnommen. Über 3.000 Bürgerinnen und Bürger aus Bayern haben sich

mit dem Thema befasst und Einwände erhoben. Jetzt sollte zumindest für diese Einwender ein Erörterungstermin in Bayern stattfinden und in deutscher Sprache abgehalten werden. Den Bürgerinnen und Bürgern muss es ermöglicht werden, an diesem Verfahren teilzunehmen. Nach jetzt vorliegenden Informationen sollen an einem bis heute noch nicht feststehenden Termin in Budweis die Einwände begründet werden. Dies würde bedeuten, dass die Bürgerinnen und Bürger aus Bayern einen Tag vorher nach Budweis anreisen und dort übernachten müssen, dann einen Tag dort sein werden und am nächsten Tag wieder zurückfahren müssen. So kann es nicht sein. Bei über 3.000 Einwendern kann man zumindest erwarten, dass dieser Termin in Bayern stattfindet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass wir mit unseren Vermutungen nicht ganz so verkehrt liegen, beweisen zumindest die Äußerungen von Umweltminister Söder gegenüber den Medien. Er hat gegenüber den Medien immer wieder geäußert, dass er sich für einen Termin in Bayern einsetzen möchte. Minister Söder ist gerade leider nicht anwesend. So stark war sein Einsatz wohl doch nicht, denn bis jetzt war er auf alle Fälle erfolglos. Wir möchten mit unserem Antrag dem Einsatz des Ministers und den Forderungen seitens der Staatsregierung massiv Nachdruck verleihen.

Ein weiterer Punkt, den wir auch nicht ausklammern sollten: Das UVP-Verfahren wird nach einem UVP-Gesetz durchgeführt, welches der Europäische Gerichtshof längst für rechtswidrig erklärt hat. Nach dem neuen, EU-konformen UVP-Recht möchte die tschechische Regierung das Verfahren nicht durchführen, sondern beim alten Recht bleiben. Wir sollten aber bei einem solchen Verfahren auf die Einhaltung internationaler Standards drängen. Das muss die Staatsregierung dieser Tage tun.

Zum Abschluss möchte ich ganz kurz einen energiepolitischen Aspekt zur Sprache bringen. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass der Atomstromausbau für die tschechische Regierung eines Tages in einem finanziellen Desaster enden wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir in diesem Haus sind uns darin einig, dass wir eine Energiewende ohne Atomstrom möchten. Wir alle kennen die Problematik; wir brauchen flexible Kraftwerke, um Schwankungen ausgleichen zu können. Das werden sicher keine tschechischen Atomkraftwerke sein, die nur Grundlaststrom anbieten werden. Wenn Tschechien den Atomstrom massiv auf den europäischen Markt drücken möchte, muss es seine Kernkraftwerke im Lastfolgebetrieb fahren lassen.

Uns ist aber hinreichend bekannt, dass der Lastfolgebetrieb öfter zu Problemen und Störfällen bei Atomkraftwerken geführt hat. Die Politik Tschechiens macht die Kernkraftwerke noch unsicherer, als sie es jetzt schon sind. Auch dagegen sollten wir uns heute aussprechen, und deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hintersberger.

Johannes Hintersberger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte keine großen Ausführungen machen, sondern ganz konkret kurz auf den Antrag eingehen. Selbstverständlich ist es richtig, dass der geplante Neubau von zwei Reaktorblöcken am tschechischen Standort Temelin der bayerischen Bevölkerung Sorge bereitet. Für die Bayerische Staatsregierung, vertreten durch das Umweltministerium, steht der Schutz der bayerischen Bevölkerung im Mittelpunkt. Sie geht mit Nachdruck und vehement zur Sache, um die beste Sicherheitstechnik und ein transparentes Genehmigungsverfahren zu ermöglichen, wie das im ersten Spiegelstrich Ihres Antrags gefordert wird.

Im zweiten Spiegelstrich Ihres Antrags fordern Sie eine Einladung der bayerischen Bürgerinnen und Bürger zu einem eigenen deutschsprachigen Erörterungstermin. Dies wird angestrebt. Hier geht es jedoch nicht nur um Bayern, sondern um Tschechien. Die eigene Rechtstaatlichkeit dieses Landes müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen. Herr Hartmann, das Beteiligungsverfahren, von dem Sie gesprochen haben, wurde im Sommer 2010 auf Betreiben und mit Unterstützung des Umweltministeriums durchgeführt. Ich erinnere an die Internetseite. Das war auch gut so.

Bei der Diskussion im Umweltausschuss wurde sehr deutlich dargestellt, dass die tschechische Seite dargelegt und versichert hat, bei den geplanten neuen Blöcken auf höchste Sicherheitsstufen zu achten sowie internationale Standards, Übereinkommen und Verpflichtungen einzuhalten. Bislang ist nicht ersichtlich, dass sie diesen Verpflichtungen im laufenden Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren nicht nachkommt. Die Bayerische Staatsregierung steht beim Verfahren mit Tschechien in engem Kontakt. Es gibt bayerisch-tschechische Konsultationen. Dies wurde im Umweltausschuss vom Vertreter des Umweltministeriums nachdrücklich betont.

Zum Erörterungsverfahren in Tschechien ist zu sagen, dass es in der Tat in Bayern wohl kein eigenes Verfahren geben wird. Beim Verfahren in Tschechien - der Termin steht noch nicht fest - wird es allerdings

eine simultane deutsche Übersetzung geben. Im Rahmen der Konvention über grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfungen, in der in Sofia im Jahre 2002 beschlossenen ergänzten Espoo-Konvention, sind die rechtlichen Grundlagen niedergelegt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen, dass die Antragsteller keine rechtliche Handhabe haben, einen Erörterungstermin in Bayern abzuhalten. Der Antrag hat in dieser Hinsicht einen stark populistischen und deklaratorischen Charakter; um das einmal gelinde auszudrücken.

(Alexander König (CSU): Das ist sehr schön gesagt!)

Ich halte dies für nicht zielführend. Wir streuen den Menschen Sand in die Augen, ohne irgendwelche rechtlichen Hebel in der Hand zu haben.

(Alexander König (CSU): Das ist politische Schaustellerei!)

Hier handelt es sich um einen Schaufensterantrag, der nicht weiterhilft, politisch nicht zielführend ist und schon gar nicht den Menschen die Sachlage ordentlich darstellt.

Zum dritten Spiegelstrich des Antrags: Die Frage, ob sich die Bayerische Staatsregierung auf dem Klageweg gegen den Bau weiterer Reaktorblöcke wenden kann, kann erst entschieden werden, wenn im UVP-Verfahren bzw. in den künftigen Verfahren eine Entscheidung vorliegt, die auch geprüft werden kann. Gegen eine solche Entscheidung kann nur geklagt werden, wenn sie fehlerhaft ist bzw. gegen internationale oder nationale Vorschriften verstößt. Hier handelt es sich um einen populistischen Luftballon, einen Antrag, der nicht ernstgenommen werden kann.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einen Punkt ansprechen, der mir sehr wichtig ist. Herr Kollege Kobler hat mir berichtet, dass konkrete Projekte, zum Beispiel grenzüberschreitende Windparksanlagen, angestoßen und unterstützt werden. Mit solchen Projekten kann die Kraft der regenerativen Energien deutlich gemacht werden. Hier sollten wir unsere ganze Kraft hineinlegen. Den Antrag, den Sie gestellt haben, werden wir aus den gleichen Gründen wie im Umweltausschuss ablehnen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Hintersberger, kommen Sie bitte ans Pult zurück. Herr Kollege Hallitzky hat sich zu einer Intervention gemeldet.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Hintersberger, ich habe wahrgenommen, dass die

Schritte, die Herr Dr. Söder in die Wege geleitet hat, nachdem wir diesen Antrag gestellt haben, dem entsprechen, was mit den Tschechen abgesprochen war bzw. was die Tschechen Herrn Dr. Söder zugesagt haben. Mit anderen Worten sagen Sie: Da die Tschechen sagen, dass sie keine Anhörung in Deutschland durchführen würden, ist die Forderung nach einer Anhörung in Deutschland populistisch. Ich frage Sie: Erkennen Sie nicht, dass eine Anhörung in Deutschland - in Plattling, Passau oder Straubing - eine völlig andere Qualität und Dynamik für die Bürgerinnen und Bürger hätte, als wenn in Budweis eine Anhörung mit Tausenden tschechischen Bürgern stattfindet, bei der die Deutschen auch da sind? Eine Anhörung in Deutschland wäre für die deutschen Bürger auch leichter erreichbar. Ich halte Ihre Abwiegung für einen negativen Populismus.

(Alexander König (CSU): Das ist doch nicht die Frage!)

Ist Ihnen bekannt, dass Ministerpräsident Necas von Tschechien den Bau schneller durchziehen will, als das die tschechische UVP zulässt, die noch nicht einmal den europäischen Standards entspricht? Deshalb würde ein klares Signal aus Bayern nach dem Motto "Lieber Kerl, halte dich an das EU-Recht, sonst klagen wir" eine entscheidende Bedeutung dafür haben, wie ernst der Druck aus Bayern in Tschechien genommen wird. Was Herr Dr. Söder tut, ist nichts, aber auch gar nichts wert. Eine Anhörung mit einem Simultan-Dolmetscher wäre ohnehin durchgeführt worden. Dafür brauchen wir Herrn Dr. Söder nicht. Was jedoch tatsächlich notwendig wäre, boykottieren Sie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Johannes Hintersberger (CSU): Herr Kollege Hallitzky, Sie wissen ganz genau, dass die EU-Kommission nach Artikel 37 des Euratom-Vertrags auf einer sicherheitsgerichteten Überprüfung, einem sogenannten Stresstest, der auch bei uns landauf landab diskutiert wird, bestehen wird. Somit hat auch die Europäische Union ihre Hand auf diesem Prüfverfahren. Selbstverständlich fordert auch die Bayerische Staatsregierung, federführend das Umweltministerium, eine Regelung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger Bayerns, insbesondere der Bürgerinnen und Bürger Niederbayerns. Sie müssen jedoch zur Kenntnis nehmen, dass die rechtstaatlichen Mittel im Hinblick auf den Staat Tschechien begrenzt sind. Wenn wir weitergehende Forderungen stellen würden, würden wir den Menschen Sand in die Augen streuen und die Realitäten nicht anerkennen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt erteile ich Herrn Kollegen Wörner das Wort.

Ludwig Wörner (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! "Sand in die Augen streuen", sagen Sie.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Cäsium in die Augen streuen!)

Eine gute Nachbarschaft würde es verlangen, nicht über Sand in den Augen zu reden, sondern darüber, wie mit diesem Thema umzugehen ist, das für die bayerische Bevölkerung, für die wir zuständig sind, existenziell werden kann. Wenn uns dies klar ist, müssten wir dem Antrag der GRÜNEN ganz logisch folgen. Wir sollten dabei nicht von Populismus oder von einem Schaufensterantrag sprechen, das könnte man bei Ihnen auch häufiger sagen. Das tun wir aber auch nicht.

Sie sagen, der Stresstest und die UVP müssten ohnehin gemacht werden. Ich sage Ihnen: Wenn der Stresstest für Atomkraftwerke genauso erfolgt wie der Stresstest bei den Banken, sodass am Ende "Nichts Genaues weiß man nicht" herauskommt, dann verzichte ich großzügig darauf. Der Freistaat müsste hier seine Hausaufgaben machen; denn den FRM II haben Sie vorsichtshalber aus dem Stresstest herausgenommen - warum, hat mir bis heute niemand erklärt. Das nur als Nebensatz.

Sie gehen mit dem Thema Kernenergie nach wie vor in weiten Bereichen fahrlässig um. Ich behaupte, dies liegt daran, dass eine Reihe von Ihnen noch keine Überzeugungstäter sind, sondern von Angst getrieben werden. Wir halten es für notwendig, die bayerische Bevölkerung in diesen Prozess einzubinden. Die Österreicher versuchen das auch. Eine gute Nachbarschaft, die gerade Ihr Ministerpräsident mit Tschechien aufzubauen versucht, muss auch aushalten, dass man über solche Fragen kontrovers diskutiert, aber zu einem guten Ergebnis kommt im Interesse aller, die Ängste haben oder betroffen sein könnten.

Was die Windparks angeht, Kolleginnen und Kollegen: Wollen Sie den Menschen die Angst vor Kernenergie mit den Windparks nehmen? - Das wird nicht funktionieren. Das kann auch nicht funktionieren und soll auch nicht funktionieren.

Ich bitte Sie, stimmen Sie dem Antrag zu, weil er die Logik für sich hat. Wenn er in Teilen einer rechtlichen Prüfung nicht standhält, dann muss das Thema über die gute Nachbarschaft geregelt werden. Wir tun so manches, was rechtlich nicht vorgesehen ist, aber da gilt dann die gute Nachbarschaft. Es wäre wirklich an der Zeit, diese auf den Prüfstand zu stellen, nicht nur

die eine Seite, sondern auch die andere Seite, und daraus Schlüsse für die Zukunft zu ziehen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Wörner, würden Sie bitte ans Redepult zurückkommen. Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Hallitzky.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Herr Kollege Wörner, uns beiden ist bekannt - würden Sie das vielleicht an den Kollegen Hintersberger weiterleiten -, dass dieser Stresstest, der sich nicht auf die Erweiterung des AKW Temelin bezieht, sondern auf die Sicherheit der tschechischen Kernkraftwerke insgesamt, mittlerweile für die meisten EU-Länder vorliegt und im Internet abrufbar ist? Dieser Stresstest ist, was die tschechischen Kernkraftwerke angeht, nicht nur der mit Abstand kürzeste, sondern insgesamt der unsinnigste und platteste, der kein einziges Thema ernsthaft diskutiert und die Aufgabenstellung im Wesentlichen nur wiederholt. Wir beide wissen, dass dieser Stresstest eine einzige Unverschämtheit ist, während Kollege Hintersberger hier kein Problem erkennt.

Ludwig Wörner (SPD): Das wollte ich damit andeuten. Ich wollte nur den neuen tschechischen Freunden nicht so sehr an den Karren fahren. Dieser Stresstest entspricht in keiner Weise dem, was im Euratom-Gesetz, über das der Herr Kollege gesprochen hat, gefordert ist. Das wurde nicht erfüllt. Meine Damen und Herren, wer sich so um die Sache herumdrückt und auch noch sagt, das haben wir doch im Euratom-Vertrag geregelt, der streut den Menschen Sand in die Augen. Er gaukelt eine Sicherheit vor, die nicht existent ist; vielmehr bestehen Risiken, die niemand von uns vertreten kann.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat Herr Dr. Fahn das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir von den FREIEN WÄHLERN meinen, dass dieser Antrag der GRÜNEN in die richtige Richtung zielt. Er ist für uns kein aufgeblähter Populismus, sondern wir müssen alles tun, um auch die Tschechen davon zu überzeugen, dass sie mit ihrer Energiewende auf dem falschen Weg sind. Wir in Bayern wollen die Energiewende umsetzen, und wir wollen, wie schon gesagt, keinen Strom aus Temelin mehr haben. Der Antrag der GRÜNEN geht in die richtige Richtung. Wir stören uns zwar etwas an dem Wort "kampflös", aber insgesamt ist der Antrag in Ordnung.

Wenn man bei der Umweltverträglichkeitsprüfung ins Detail geht, merkt man, dass es sich immer wieder um Kann-Bestimmungen handelt. Man kann etwas machen, braucht es aber nicht. Das Problem ist, dass die Tschechen den Atomstrom wollen, weswegen ein guter Wille der Tschechen im Moment leider nicht vorhanden ist. Sie legen das Ganze relativ restriktiv aus. Da sie das Gesetz relativ restriktiv auslegen, müssen wir ein bisschen nachhelfen. Es gibt zwar viele Pressemitteilungen von Umweltminister Söder, in denen er ankündigt, was er alles machen will, aber konkret ist noch nichts passiert. Der Kollege von der SPD hat gerade richtigerweise gesagt, man müsste Vereinbarungen zwischen Bayern und Tschechien schließen. So etwas gab es schon einmal zwischen Österreich und Tschechien, bekannt unter dem Namen "Melker Protokoll". Das könnte man doch auch machen. Wenn Herr Söder immer so gern große Worte verliert, könnte man doch konkret ein Abkommen mit Tschechien schließen. Dort stünde zum Beispiel, wir benötigen größtmögliche Sicherheit und Transparenz.

Wir meinen auch, dass den Bayern die Gelegenheit gegeben werden muss, die Einwände in deutscher Sprache in Bayern vorzubringen; denn sonst ist das alles zu kompliziert. Wer fährt schon nach Tschechien, auch wenn alles simultan übersetzt wird? - Das ist ein riesiger Aufwand für die Leute. Immerhin haben 3.000 Leute Einspruch eingelegt. Deswegen unterstützen wir das. Wir müssen zusehen, dass die Einwände nicht nur auf Sparflamme gekocht werden.

Es ist richtig, die Chancen auf dem Klageweg sind möglicherweise gering. Wir haben das aber so verstanden, dass Bayern alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen müsste, um das Ganze zu verhindern. Die Sache kann man noch intensivieren durch die Prüfung des Rechtswegs. Das wäre auf jeden Fall insgesamt angebracht. Deswegen wäre es wichtig, den Antrag zu unterstützen. Wir meinen, dass das keine kontraproduktiven Tätigkeiten sind, sondern dass es wichtig ist, auf diesem Weg nach vorn zu schreiten. Die FREIEN WÄHLER unterstützen deshalb den Antrag der GRÜNEN.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Das Wort hat der Kollege Thalhammer. Bitte schön.

Tobias Thalhammer (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Generell brauchen wir eine bessere grenzüberschreitende europäische Zusammenarbeit in der Energiepolitik. Das betrifft sowohl die Chancen als auch die Risiken. In diesem Fall haben wir uns mit den Risiken auseinanderzusetzen. Die Ängste unserer Bürgerinnen und Bürger müssen wir

sehr ernst nehmen und an ihrer Seite stehen. Denn eines ist klar: Temelin wird von Tschechien aus reinem Opportunismus gebaut. Es gibt einen Zusammenhang - das muss man ehrlich benennen - zwischen dem deutschen Atomausstieg und dem Vorhaben der Erweiterung von Temelin. Die Tschechen haben die Erweiterung Temelins konkret ins Auge gefasst, als die rot-grüne Koalition verfrüht aus der Kernenergie ausgestiegen ist.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Demzufolge haben die Tschechen gemeint, sie haben mit Deutschland einen großen Kunden, mit dem sie den Ausbau von Temelin refinanzieren können. Als die schwarz-gelbe Bundesregierung die Laufzeiten verlängert hat, hat Tschechien reagiert; denn der Hauptkunde fiel auf einmal weg und die Ausbaupläne für Temelin wurden erst einmal auf Eis gelegt. Jetzt, nachdem wir unseren sportlichen Atomausstieg beschlossen haben, den ich richtig finde, trauen uns die Tschechen nicht zu, dass wir es in Deutschland oder Bayern wirklich schaffen, und sie lauern wieder auf den Nachbarn als Hauptkunden. Aus diesem Grund haben wir jetzt mit der Herausforderung zu kämpfen, dass die Tschechen Temelin erweitern wollen. Das alles gehört zur Einordnung des Sachverhalts und zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei der FDP)

Um den Businessplan von Temelin in sich zusammenfallen zu lassen, muss unser Ziel werden, die Energiewende erfolgreich hinzubekommen und möglichst schnell autark zu werden mit unserer Energieversorgung, die am besten auf erneuerbaren Energien beruhen sollte. Da sehe ich wiederum einen Widerspruch bei der Fraktion der GRÜNEN: Auf der einen Seite wettern Sie - zu Recht - gegen den Ausbau von Temelin und gegen den tschechischen Atomstrom, den Sie nicht wollen, auf der anderen Seite sagen Sie, Sie haben, damit Deutschland die Energiewende schafft, kein Problem damit, wenn wir Strom aus anderen Ländern importieren. Es gibt nun einmal keinen guten oder schlechten Strom, es gibt keinen gelben, blauen oder sonstigen Strom. Die physikalische Eigenschaft des Stroms ist, dass er den Weg des geringsten Widerstands nimmt. Da kann es auch sein, dass wir dann, wenn wir uns nicht selbst versorgen können, Strom aus Tschechien - hoffentlich den gesunden Strom aus Windkraft, aber möglicherweise auch den Atomstrom aus Temelin - beziehen. Ich will nur einen gewissen Zwiespalt bei Ihnen aufzeigen, den ich hier einmal zur Sprache bringen muss. Bitte seien Sie dann konsequent.

Aufgrund der Eigenstaatlichkeit von Tschechien kann auch ein Minister Söder nur als Bittsteller auftreten. Ich verstehe, dass man sich da mehr wünschen würde, aber es ist nun mal so, dass Tschechien ein eigener Rechtsstaat ist. Deswegen müssen wir auf den Dialog mit Tschechien setzen. Deshalb müssen wir auch auf den Dialog mit den anderen europäischen Staaten über ein europaweites Energiekonzept setzen und dieses weiter forcieren.

Ich möchte Ihnen, jedoch nicht um die Zeit weiter auszuschöpfen, ein anderes Beispiel nennen, das in keiner Weise in einem Atemzug mit Temelin genannt werden kann: Wir Deutschen machen auch unser Ding und sagen, die anderen werden es schon irgendwie richten. Das bereitet anderen Ländern Sorgen. Wir wissen ganz genau, dass wir nicht genügend Leitungskapazitäten haben, um den Strom von Norddeutschland in den Süden zu transportieren. Dennoch ist es richtig, beispielsweise in der Ostsee kräftig Windkraftanlagen auszubauen. Auf polnischer Seite bestehen erhebliche Bedenken, dass die polnischen Stromnetze von den deutschen Offshore-Kraftwerken durch die Stromweiterleitung zum Einsturz gebracht werden könnten. Auf diesem Gebiet gibt es Sorgen. Auch da tritt Deutschland nicht in einen offensiven Dialog der Freundschaft. Generell müssen wir in der europäischen Energiepolitik intensiver zusammenarbeiten. Dafür werbe ich. Dann bringen wir die Chancen besser voran und können im Dialog die eine oder andere Angst und die eine oder andere Gefahr besser ausräumen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Eine Zwischenbemerkung: Herr Kollege Hartmann, bitte.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auf folgende Punkte eingehen: Sie haben, wenn ich Sie richtig verstanden habe, zum einen die Angst vor deutschen Ausstieg angesprochen, davor, dass es sozusagen zu einem Strommangel kommen kann. Ich möchte Sie daran erinnern, dass Deutschland im ersten Halbjahr 2011, als acht Kernkraftwerke vom Netz gegangen sind und mehrere Kernkraftwerke wegen des Wechsels von Brennelementen nicht am Netz waren, insgesamt vier Terawattstunden mehr Strom ins Ausland verkauft hat, als es vom Ausland bezogen hat.

Was den europäischen Stromhandel angeht, wollen Sie uns doch nicht auffordern, EU-Recht zu brechen. Den europäischen Stromhandel können wir in der Form nicht einschränken. Sie reden von einer guten Partnerschaft mit Tschechien, die wünschenswert ist. Wir können aber einen guten Partner beraten, den

gleichen Weg zu gehen wie wir. Eine Staatsregierung, die bis vor ein paar Monaten massiv auf die Kernkraft gesetzt, dann aber die Erleuchtung bekommen hat, umzudenken, kann diesen Partner beraten, den falschen Weg nicht weiterzugehen und auch die Wende einzuleiten. Dieses Begehren wird mit unserem Antrag unterstrichen, der ein bestimmtes Verfahren fordert. Ich verstehe Ihre Aussagen und die Ablehnung unseres Antrags nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tobias Thalhammer (FDP): Lieber Herr Kollege Hartmann, ich beginne mit dem letzten Punkt: Selbstverständlich sollen wir mit gutem Beispiel vorangehen, und das hat Deutschland in vielen Fällen auch gemacht: Das EEG wurde in vielen Ländern adaptiert, beispielsweise auch in Tschechien. Deswegen werden dort Windräder gebaut. Ich habe aber gesagt: Wenn wir es schaffen, vernünftig auszusteigen, wird das zum Beispiel einen Business-Plan wie den zu Temelin zum Einsturz bringen können. Ja, wir sollen mit gutem Beispiel vorangehen. Wir haben als Deutsche und Bayern eine weltweite Verantwortung. Der eingeschlagene Weg der Energiewende ist richtig.

Zu Ihrer zweiten Bemerkung: Ich habe Sie nicht aufgefordert, europäisches Recht zu brechen. Ich habe nur darauf hingewiesen, dass ich es als zwiespältig erachte, hier auf der einen Seite gegen Temelin und tschechischen Atomstrom zu wettern, auf der anderen Seite für das Land der erneuerbaren Energien Deutschland Stromimporte aus dem Ausland in Kauf zu nehmen. Das müssen Sie sich gefallen lassen, und das müssen die Menschen draußen wissen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Sie kamen auch darauf zu sprechen, dass wir trotz Abschaltung von Atomkraftwerken nach wie vor ein Stromexporteur seien. Ich bitte Sie, sich nicht nur die einzelnen Peaks, sondern den Trend anzuschauen. Es ist richtig: Vor dem Abschalten wurde in Deutschland immer mehr Strom produziert, als wir gebraucht haben.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Es ist aber auch richtig, dass wir nach dem Aussteigen deutlich mehr Strom importieren müssen als früher. Wir können derzeit mit der Einspeicherung erneuerbarer Energien noch nicht alles auffangen. Das muss uns bewusst sein und soll uns noch mehr Ansporn sein, die erneuerbaren Energien schneller auszubauen.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zuruf von den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung hat Frau Staatssekretärin Huml um das Wort gebeten. Bitte schön.

Staatssekretärin Melanie Huml (Umweltministerium): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe für das Anliegen des Antrags im Interesse der bayerischen Bevölkerung großes Verständnis, weil wir auch wissen, dass der nur 60 Kilometer von der bayerischen Grenze entfernte Bau dieser zwei Reaktorblöcke und der Betrieb der Blöcke 1 und 2 in Temelin den Bürgern natürlich Sorgen bereitet. Man muss aber auch sagen, dass das Umweltministerium dem Anliegen des heute gestellten Antrags bereits Rechnung trägt;

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

denn das bayerische Umweltministerium setzt sich gegenüber der tschechischen Regierung mit Nachdruck für die Belange der bayerischen Bürgerinnen und Bürger ein. Sie haben vorhin gesagt, wir hätten das erst getan, als dieser Antrag vorgelegen habe. Ich muss Ihnen klar widersprechen; denn die Gespräche, die Dr. Markus Söder sowohl mit dem aktuellen Umweltminister wie auch mit dessen Vorgänger geführt hat, fanden lange Zeit vor diesem Antrag statt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Für uns sind die bayerischen Ziele und Forderungen gegenüber der tschechischen Regierung wichtig, nämlich die Realisierung höchster Sicherheitsstandards, eine größtmögliche Transparenz im gesamten Verfahren, die Einhaltung internationaler Vorgaben und Klärung aller bayerischen Einwände.

Markus Söder hat mit dem Umweltminister auf tschechischer Seite nicht nur Gespräche geführt, sondern wir haben uns auch schriftlich an den tschechischen Umweltminister gewandt, um dem Begehren Nachdruck zu verleihen. In diesem Schreiben sind auch die Forderungen angeführt, zum Beispiel weiterhin alle Prüfungs- und Verfahrensschritte ohne Abstriche nach internationalen Vorgaben durchzuführen; ferner, dass wir uns selbstverständlich für einen Anhörungstermin einsetzen. Wir haben zwar keine rechtliche Handhabe, das Ganze auf bayerischem Boden stattfinden zu lassen, aber gebeten, dass es für die bayerische Bevölkerung möglichst erreichbar ist. Wir haben auch um eine Übersetzung gebeten, damit man sich wirklich austauschen kann; denn es gilt, die

bayerischen Anliegen vorbringen und umsetzen zu können.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatssekretärin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hartmann?

Staatssekretärin Melanie Huml (Umweltministerium): Er darf mich gerne fragen.

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte schön, Herr Kollege Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Es ist sehr schön, dass Sie das selber entscheiden und nicht Ihre Fraktion entscheiden lassen. Können Sie mir folgende kurze Frage beantworten, da Minister Söder so lange am Thema dran und in die Geschichte so tief involviert ist: Nach Medienberichten aus Tschechien wird die nächste Auslegungsfrist beim UVP-Verfahren, die in den nächsten Wochen ansteht, von sechs auf nur noch drei Wochen verkürzt. Was ist an diesen Berichten dran? Wird die Staatsregierung sogar eine Verkürzung akzeptieren? Oder setzt die Staatsregierung in Gesprächen durch, auch wenn rechtlich keine Möglichkeit besteht, dass die Auslegungsfrist im zweiten Schritt mindestens genauso lang ist wie vor einem Jahr? Denn es wäre ein Rückschritt, wenn man vor einem Jahr ein Zeitfenster von sechs Wochen hatte, künftig aber nur noch drei Wochen hätte. Das kann es nicht sein.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, Sie haben um eine Zwischenfrage, jedoch nicht um eine Zwischenbemerkung gebeten. - Frau Staatssekretärin, bitte schön.

Staatssekretärin Melanie Huml (Umweltministerium): Sie dürften in den letzten Wochen und Monaten mitbekommen haben, dass Tschechien und Bayern über die weitere Nutzung der Kernenergie unterschiedliche Auffassungen vertreten. Wir haben in diesen Gesprächen wie auch im jetzigen Schreiben unsere Forderung zum Ausdruck gebracht, dass alle Bedenken entsprechend aufgenommen werden können und wir uns im ganzen Verfahren wirklich Transparenz wünschen. Das ist wichtig und richtig. Sie wissen aber auch, dass wir in Bezug auf den Euratom-Vertrag und gewisse rechtliche Bereiche realistisch sein müssen und in diesem Sinne den Bürgern nichts vormachen sollten. Wir setzen uns dafür ein. Deswegen haben wir schon mehrmals geschrieben, um uns für die bayerischen Interessen einsetzen zu können und damit sie auch von der bayerischen Bevölkerung und nicht nur von der Bayerischen Staatsregierung vorgebracht werden können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin. Jetzt habe ich noch eine Wortmeldung des Herrn Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Die ist allerdings ganz kurz. Umweltminister Söder hat sich in vielen Presseerklärungen für eine größtmögliche Transparenz eingesetzt. Ich habe hier die "Passauer Neue Presse", derzufolge er sagt: "Es soll alles veröffentlicht werden, alle Einwendungen sollen umfassend geprüft werden." Und dann sagt er, was die Frau Staatssekretärin auch gesagt hat: "an einem für die bayerische Bevölkerung gut erreichbaren Ort". Das kann nicht irgendwo mitten in Tschechien sein, sondern das muss dann schon - so wurde es auch immer interpretiert - an einem bayerischen Ort sein. Es sind immerhin 3.000 Einwendungen. Wenn Herr Söder immer diese Erwartungen weckt und sie dann nicht einhält, ist das negativ.

Deswegen fordere ich eigentlich nur das, was Umweltminister Söder sagt: "größtmögliche Transparenz", und das steht eigentlich im Antrag der GRÜNEN.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der CSU - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Es wurde namentliche Abstimmung beantragt. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Gesundheit empfiehlt auf Drucksache 16/9887 die Ablehnung des Antrags.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte darauf aufmerksam machen, dass für diese namentliche Abstimmung fünf Minuten zur Verfügung stehen. Wir haben aber noch eine namentliche Abstimmung zum Antrag 13, das ist der letzte.

(Namentliche Abstimmung von 20.52 bis 20.57 Uhr)

Die Zeit ist um, Kolleginnen und Kollegen. Die Abstimmung ist geschlossen. Die Stimmzettel werden außerhalb ausgezählt, und das Ergebnis wird dann bekannt gegeben.

Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen, weil ich gleich eine Abstimmung vorzunehmen habe. Ich muss die CSU-Fraktion noch einmal fragen, ob zu dem Antrag 16/8354 "Anerkennung von im Ausland erworbe-

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 25.10.2011 zu Tagesordnungspunkt 11: Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Temelin-Ausbau nicht kampflös hinnehmen - faire Beteiligung bayerischer Bürgerinnen und Bürger ermöglichen (Drucksache 16/9167)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie			
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold			
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate			
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fahrenscho Georg			
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			
Glauber Thorsten			
Goderbauer Gertraud		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp			
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz			
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard		X	
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin			
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana			
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus			
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayer Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim			
Dr. Vetter Karl			
Wägemann Gerhard			
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zelmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	58	81	0